



Westerwelle,
de Maizière
in Kunduz

THOMAS TRUTSCHEL/PHOTOTHEK.NET

AFGHANISTAN

Anschlag auf Minister verhindert

Anlässlich des Besuchs von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) und Außenminister Guido Westerwelle (FDP) im nordafghanischen Kunduz planten Aufständische einen Angriff auf das Bundeswehr-Feldlager.

Am Sonntagmorgen vergangener Woche, dem Tag der feierlichen Übergabe des Camps an die Afghanen, entdeckten Aufklärungskräfte mit den hochleistungsfähigen Sensoren eines Überwachungszeppelins zwei Raketenwerfer westlich des Lagers. Aufständische machten die 107-Millimeter-Werfer feuerbereit. Ein sofort entsandter „Tiger“-Kampfhubschrauber konnte die feindliche Stellung wenig später jedoch nicht mehr ausmachen. Die Bundeswehr nimmt an, dass die Aufständischen den Hubschrauber bemerkt und sich sofort zurückgezogen hatten. Offiziell teilte ein Sprecher zu dem Vor-

fall nur mit, es habe „Hinweise auf eine Störung der Übergaberezeremonie durch Raketenbeschuss gegeben“. Details seien geheim. Vor dem Festakt zur Übergabe des Camps, bei dem auch Regierungsvertreter aus Kabul und der amerikanische Chef aller Isaf-Truppen teilnahmen, waren die Sicherheitsvorkehrungen massiv erhöht worden.

Angesichts des Abzugs der alliierten Truppen wächst vor Ort die Angst afghanischer Helfer der ausländischen Soldaten. In Deutschland wurde bisher nur über wenige Aufnahmeanträge positiv entschieden. Das ergibt sich aus einer Antwort von Innenstaatssekretär Ole Schröder an den Grünen-Verteidigungsexperten Omid Nouripour. Demnach wurde bei 5 von 24 Ortskräften aus dem Bereich des Verteidigungsressorts, die im April laut Bundesinnenministerium „eine Gefährdung“ angezeigt hatten, „eine Aufnahmezusage erteilt“. Insgesamt lägen rund 250 solcher Anzeigen vor. Bundeswehr, Auswärtiges Amt und Innenministerium hatten 1700 Afghanen beschäftigt, etwa als Übersetzer. Viele Helfer fürchten wegen dieser Zusammenarbeit nun im eigenen Land um ihr Leben. „Wir müssen den Ortskräften großzügig Schutz bieten“, sagt Nouripour, „diesen Grundsatz verletzt die Bundesregierung.“ Staatssekretär Schröder betont in dem Schreiben, die Verfahren würden „zügig und wohlwollend weitergeführt“.

LOBBYISTEN

Bundesweite Kampagne

Eine der einflussreichsten Lobbyorganisationen, die von der Metall- und Elektroindustrie finanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), begleitet die Gespräche zur Regierungsbildung mit einer massiven PR-Kampagne. Rechtzeitig zu den ersten

Sondierungsgesprächen zwischen Union, SPD und den Grünen ließ die INSM bundesweit 117 Großplakate kleben und neun Anzeigen in überregionalen Tageszeitungen schalten. Darin werden die potentiellen Regierungsparteien zu wirtschaftsfreundlichen Reformen aufgefordert. So möchten die Industrielobbyisten erreichen, dass Ökostrom nicht länger subventioniert und Leiharbeit nicht weiter reglementiert wird. Die Kampagne „Chance 2020“

soll noch bis Ende des Jahres andauern und während der Koalitionsverhandlungen über weitere Zeitungsanzeigen intensiviert werden. „Wir wollen damit die reformorientierten Politiker aller Parteien unterstützen und Denkanstöße für den Koalitionsvertrag liefern“, sagt INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr. Über die Kosten für die Kampagne schweigt die INSM. Das Jahresbudget der Lobbyorganisation beträgt knapp sieben Millionen Euro.